

Medienmitteilung

Aarau, 23. Oktober 2018

Aargauer Staatsangestellte fordern 2 Prozent mehr Lohn

Bei den Löhnen des Staatspersonals und der Lehrpersonen besteht nach den drei Nullrunden in den letzten fünf Jahren ein ausgewiesener Nachholbedarf. Zudem zieht die Teuerung wieder an. Die Konferenz der Aargauer Staatspersonalverbände KASPV verlangt deshalb vom Grossen Rat eine Korrektur des regierungsrätlichen Vorschlages auf 2 Prozent.

Für das Budget 2019 legt der Aargauer Regierungsrat die durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne auf 1 Prozent fest, was in etwa der Teuerung entsprechen dürfte. Und dies nach drei Nullrunden in den letzten fünf Jahren. Wie im Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2022 festgehalten, beträgt der Lohnrückstand beim Aargauer Staatspersonal gegenüber Angestellten anderer Kantone oder der Privatwirtschaft jedoch bis zu 3 Prozent, bei den Lehrpersonen ist der Prozentsatz noch höher.

Neben weiteren Sparmassnahmen, welche die Angestellte getroffen haben, stellt dieser Lohnrückstand eine wichtige Komponente dar, weshalb der Kanton als Arbeitgeber gegenüber den anderen Kantonen an Attraktivität eingebüsst hat. Die Mitarbeitendenbefragung zeigte auch dementsprechende Resultate. Zudem steigen nach Jahren rückläufiger Konsumentenpreise diese seit 2017 an, nicht nur bei den Krankenkassenprämien. Für 2019 wird eine positive Teuerung von gegen 1 Prozent erwartet.

Eine Erhöhung von 1 Prozent, so wie vom Regierungsrat vorgeschlagen, verhindert nur den Kaufkraftverlust, der Lohnrückstand gegenüber den umliegenden Kantonen und der Privatwirtschaft bleibt jedoch bestehen. Deshalb erwartet die KASPV vom Grossen Rat, dass er den regierungsrätlichen Vorschlag korrigiert und dem Aargauer Staatspersonal im 2019 eine Lohnerhöhung von 2 Prozent gewährt.

Für weitere Auskünfte:

Marco Hardmeier, Präsident KASPV, Grossrat, praesidium@kaspv.ch

Silvia Dell'Aquila, Geschäftsführerin KASPV, sekretariat@kaspv.ch